

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Ausgabe der Lawaetz-Informationen steht im Zeichen der EU-orientierten Aktivitäten der Lawaetz-Stiftung. Hinter uns liegt die Europawoche 2003. In diesem Zusammenhang eröffnete die Lawetz-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit ESF-geförderten Projekten die Möglichkeit, sich auf dem Rathausmarkt einer breiten Hamburger Öffentlichkeit zu präsentieren. Darüber hinaus wurde eine große Fachveranstaltung

organisiert, über die wir in dieser Ausgabe schwerpunktmäßig berichten. Außerdem stellen wir Ergebnisse aus transnationalen Projekten vor, an denen sich die Lawaetz-Stiftung beteiligt hat.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr Lawaetz-Team

Themenübersicht dieser Ausgabe:

- ❑ Der Europäische Sozialfonds in der Europawoche 2003
- ❑ Prozesskriterien für eine gute Praxis - erste Ergebnisse des EU-Projektes ELIPSE
- ❑ IMINET - Wege der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt

Der Europäische Sozialfonds in der Europawoche 2003 ❑

In Hinblick auf die EU-Osterweiterung fand die diesjährige Europawoche in Hamburg unter dem Motto „Wir freuen uns auf die nEUn“ statt. Der Europäische Sozialfonds (ESF) stand am 29. April mit einer von der Lawaetz-Stiftung organisierten ganztägigen Veranstaltung in der Patriotischen Gesellschaft im Mittelpunkt. Im Rahmen einer Ausstellung, drei verschiedener Gesprächskreise und einer Podiumsdiskussion wurde an diesem Tag der Austausch von zahlreichen ESF-geförderten Projekten der laufenden



Hans Nauber, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik in der BWA bei seinem Informationsrundgang

Förderperiode in Hamburg mit Informationen über aktuelle Entwicklungen der Europäischen Union verknüpft.

In seinem Eröffnungsbeitrag erläuterte der Leiter der arbeitsmarktpolitischen Abteilung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, (BWA) Hans Nauber, dass das Ziel der Europäischen Beschäftigungsstrategie, beschäftigungsfördernde Maßnahmen eng an den allgemeinen Arbeitsmarkt

anzulehnen und zugleich der Eingliederung in die Erwerbstätigkeit Priorität einzuräumen, in Hamburg mittlerweile erreicht wurde. Im Zusammenhang mit seinen

Ausführungen zur neuen Hamburger Arbeitsmarktpolitik betonte er, dass die in den anschließenden Gesprächskreisen behandelten Themen „Gender Mainstreaming“, „Übergang Schule-Beruf“ und „arbeitsmarktpolitisch ausgerichtete Unternehmensberatung“ ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeitsmarktpolitik seien.

Die Gesprächskreise



Gesprächskreis „Gender Mainstreaming“



Gesprächskreis „Übergang Schule - Beruf“

Als Fazit des Gesprächskreises „**Gender Mainstreaming**“ können folgende Punkte festgehalten werden:

- Vor dem Hintergrund der derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und geschlechtsspezifischer Herangehensweisen an viele Themen im Kontext von Beruf und Arbeitsmarkt ist auch weiterhin eine Doppelstrategie - Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe und Frauenförderung - zur Verbesserung der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt erforderlich.
- Bei der Umsetzung von Projekten besteht die Gefahr, nur die individuellen Bedürfnisse der TeilnehmerInnen zu betrachten und dabei die strukturelle Ebene aus dem



„Gender Mainstreaming“ - eine Querschnittsaufgabe

Blick zu verlieren.

- Die Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes als Querschnittsaufgabe ist nach wie vor schwierig, da die vorhandenen personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen schon für das Erreichen der Hauptziele gebunden werden. Die Umsetzung würde erleichtert, wenn die Institution (das Projekt) selbst den Gender Mainstreaming-Ansatz implementiert. Dies ist jedoch nicht durch ein einmaliges Training möglich, sondern erfordert zusätzliche Ressourcen.

In dem Gesprächskreis „**Übergang Schule - Beruf**“ wurden u.a. Ansätze für berufliche Orientierungsmaßnahmen als wichtige und problemadäquate Brückenfunktion an der Schnittstelle Schule-Ausbildung-Beruf dargestellt.

Zur Umsetzung von Projekten im Bereich „Übergang von Schule in den Beruf“ wurden folgende Kernaussagen getroffen: Die beste Förderung von Hauptschülern setzt

- a) an deren Kompetenzen (nicht an Defiziten) an, denn nicht zuletzt die Unternehmen bewerten potenzielle Auszubildende nach deren tatsächlichen Fähigkeiten sowie
 - b) an deren Potenzialen zur Eigenverantwortlichkeit und Eigenaktivität an und begleitet Systemübergänge rechtzeitig und verlässlich.
- Für SchülerInnen, die den Anforderungen nicht gewachsen sind, ist ein ergänzendes Förderangebot (Casemanagement, Ausbildungsvorbereitung) aber unabdingbar.

An die Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik wurden vier Empfehlungen ausgesprochen:

- eine weitere Unterstützung des Systems Schule gegenüber externen Initiativen zur Förderung beruflicher Orientierung
- die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Ausbildungsbetrieben bzw. Ausbildungsverbänden
- die Kontinuität und Verstetigung bewährter

Förderansätze anstelle von ständig neu aufgelegten und teils inkonsistenten Förderprogrammen mit der Folge von Verdrängungseffekten

- die Überprüfung der Berufsausbildungssysteme hinsichtlich der Häufung von Ausbildungsabbrüchen in spezifischen Berufsfeldern. Mit wenig Aufwand bestehen gute Aussichten, die hohen Auflösungsquoten zu reduzieren.

Im Gesprächskreis zum Thema „**Unternehmensberatung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik**“ wurde die bisherige Erfahrung der Unternehmensberatung als ein Instrument der präventiven Arbeitsmarktpolitik festgehalten, dass zwar kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erreicht werden konnten, dabei jedoch Kleinstunternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten sowie weibliche Beschäftigte unterrepräsentiert waren.

Als ein Ergebnis der Beratung wiesen die beteiligten Unternehmen eine vergleichsweise positive Beschäftigungsentwicklung auf. Die Teilnahme war nach Angabe der Unternehmen jedoch zugleich mit einem hohen zeitlichen und organisato-



Gesprächskreis „Unternehmensberatung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik“

rischen Aufwand verbunden, u.a. angesichts der komplexen Programm- und Finanzierungsstruktur.

Angesichts der gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Veränderungen in Deutschland wurde in der Diskussion der präventiven Arbeitsmarktpolitik und damit auch der öffentlich geförderten Unternehmensberatung eine positive Zukunft bescheinigt.



Podiumsdiskussion

von links: Rolf Steil (Direktor des Arbeitsamtes Hamburg), Reinhard Stuth (Staatsrat, Europabeauftragter des Senats, Senatskanzlei), Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Mitglied des Europaparlaments), Bernhard Proksch (Leiter des Amtes Arbeitsmarkt und Strukturpolitik/Behörde für Wirtschaft und Arbeit), Achim Meyer auf der Heyde (Leiter des Amtes für berufliche Bildung und Weiterbildung / Behörde für Bildung und Sport)

Podiumsdiskussion „Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Perspektiven in Hamburg vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung“

Die EU-Osterweiterung wird Konsequenzen haben für die Strukturfonds der Europäischen Union. Frau Brigitta Berhorst von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales erläuterte in einem Grundsatzreferat, dass es über die Ausgestaltung der horizontalen Förderung (Ziel 3) bisher noch keine konkreten Vereinbarungen gebe. Allerdings

sei damit zu rechnen, dass ein geringerer Anteil der Bürger der erweiterten EU daran teilhaben werde. Angedacht sei eine weitere Reduzierung der Ziele sowie der einzelnen Strukturfonds. Die Mitgliedstaaten wurden von der Kommission aufgefordert, ihre Vorstellungen darzulegen. Als persönliche Stellungnahme regte Frau Berhorst an, dass in Ländern mit föderaler Struktur die Bedeutung der Regionen / Bundesländer bei der Umsetzung der Programme stärker herausgestellt werden sollte.



Frau Berhorst (GD Beschäftigung) im Gespräch mit Lawaetz-Mitarbeitern

Für Weiterbildungseinrichtungen, deren internationale Orientierung noch stark ausgebaut werden müsste, bietet die EU-Erweiterung ein neues Aufgabenfeld. Frau Dr. Gisela Dybowski vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) nannte als Vorteile für die deutschen Bildungsanbieter das gute Renommee im Ausland, eine breite Produktpalette sowie die gute technische Ausstattung. Als problematisch beurteilte sie jedoch die verhältnismäßig geringe Transparenz der Weiterbildungsangebote und das relativ geringe Angebot von Produkten für ausländische Teilnehmer. Perspektivisch seien die Einführung von international vermarktungsfähigen Zertifikaten und die Bildung von internationalen Netzwerken notwendig.

Der Repräsentant in Deutschland für die Litauische Wirtschaftsförderagentur, Valerijus Jasiulevicius, knüpfte in seinem Bericht über Litauen an die genannte Perspektive der Bildungsanbieter an und betonte die Erwartungen des EU-Beitrittslandes bezüglich eines Austausches von Bildungsangeboten und Knowhow ebenso hinsichtlich Handel und Dienstleistungen zwischen Hamburg und Litauen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der abschließenden Podiumsdiskussion* waren sich einig, dass die Erweiterung der Europäischen Union für den Hamburger Wirtschaftsraum etliche positive Impulse auslösen werde. Hamburg könne mit seinen traditionell guten Kontakten zu den Staaten des Ostseeraums die Erweiterung nutzen, um die Zusammenarbeit mit den Baltischen Republiken und mit Polen zu intensivieren. Herausgestellt wurde jedoch auch, dass die EU-Erweiterung politisch, sozial und kulturell erhebliche Herausforderungen für

die Region mit sich bringe. Das betreffe weniger die - in der Öffentlichkeit zuweilen überbetonte - Frage von Zuwanderungen, sondern vielmehr die absehbare Entwicklung, dass ein offenes, größeres Europa zu mehr Wettbewerb führen werde. Dies gelte nicht nur für Unternehmen und wirtschaftliche Leistungen, sondern gerade auch für den gesamten Bildungsbereich. Auf diese Anforderungen sollten sich alle Akteure in Hamburg offensiv einlassen, denn eine Politik der Abschottung sei weder politisch gewollt noch realisierbar.

Ausführliche Texte zu den einzelnen Veranstaltungen und Beiträgen des Veranstaltungstages am 29.04.03 finden Sie unter www.esf-hamburg.de/euw2003/doku/euw2003doku.html

* TeilnehmerInnen der von Karin Schmalriede/Lawaetz-Stiftung moderierten Diskussion waren: Reinhard Stuth (Staatsrat , Europabeauftragter des Senats, Senatskanzlei), Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Mitglied des Europaparlaments), Bernhard Proksch (Leiter des Amtes Arbeitsmarkt und Strukturpolitik/Behörde für Wirtschaft und Arbeit), Achim Meyer auf der Heyde (Leiter des Amtes für berufliche Bildung und Weiterbildung/ Behörde für Bildung und Sport), Rolf Steil (Direktor des Arbeitsamtes Hamburg), Uwe Polkaehn (DGB Nord).



Prozesskriterien für eine gute Praxis - erste Ergebnisse des EU-Projektes ELIPSE □



Die Lenzsiedlung - Ort der lokalen Konferenzen in Hamburg

Seit Januar 2002 arbeitet die Lawaetz-Stiftung gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Schweden, Dänemark, Großbritannien, Frankreich und Italien in dem transnationalen Projekt ELIPSE - „European to Local Innovation for best practice Policy development combating Social Exclusion“, das von der EU im Rahmen des Programms „Vorbereitende Maßnahmen zur Bekämpfung und Vorbeugung der sozialen Ausgrenzung“ gefördert wird.

(vgl. Lawaetz-Informationen Nr. 2/3 2002).

Im Zentrum des Projektes standen zunächst lokale Workshops in allen beteiligten Partnerstädten, in denen Praktiker aus benachteiligten Quartieren und Sozialwissenschaftler anhand der Erfahrungen „vor Ort Ansätze“ zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung diskutierten. (In Hamburg wurden diese lokalen Konferenzen in der Lenzsiedlung durchgeführt.)

Die Ergebnisse dieser lokalen Workshops waren anschließend Grundlage für den transnationalen Erfahrungsaustausch. In zwei transnationalen Konferenzen im Oktober 2002 und im Januar 2003 wurden zunächst die Problemlagen auf Vergleichbarkeiten hin untersucht, um dann in einem zweiten Schritt übertragbare Lösungsansätze zu formulieren.

Erste Ergebnisse des Projektes zeigen, dass sich - trotz sehr unterschiedlicher Ausgangslagen und Ressourcen in den Quartieren, Städten und Ländern - übertragbare Kriterien für eine gute Praxis zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung identifizieren lassen:

- * Es wurde als wichtig erachtet, bereits das Problem als Teil der Lösung zu definieren, denn in einem Problem sei häufig das Potenzial oder der Ansatz für die Lösung enthalten
- * Die Stärkung der Selbsthilfekräfte im Quartier (Empowerment) ist notwendig, um diese Potenziale für die Verbesserung der Individuen und der Quartiere zu nutzen
- * Mit einer ganzheitlichen Sichtweise auf Probleme und Lösungen muss der Mehrdimensionalität des Phänomens sozialer Ausgrenzung Rechnung getragen werden
- * Kooperation und Netzwerkarbeit können als Schlüssel zum Erfolg gelten, denn durch unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit werden Ressourcen gebündelt und Barrieren aufgebrochen
- * Von zentraler Bedeutung ist die Verbesserung der Infrastruktur. Als unverzichtbar gelten offene Treffpunkte für freiwillige Treffen; d.h. es sollte Orte und Räume geben, an denen sich Menschen ohne - schon vorher definierte - Verpflichtungen treffen können
- * Nur durch eine langfristige Perspektive von Projekten und Programmen in einem Quartier können nachhaltige Erfolge erzielt werden.

Über die kompletten Ergebnisse des Projektes wird derzeit der Abschlussbericht erstellt. Er wird in mehreren Sprachen erhältlich sein und kann demnächst auch auf der neu einzurichtenden Internetseite nachgelesen werden.

Ansprechpartner:

Dr. Thomas Mirbach

Tel.: 392511 - Mirbach@lawaetz.de

Simone Müller

Tel. 398120-0 - Smüller@lawaetz.de

Wege der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt □

Das im Februar 2002 gestartete transnationale Projekt IMINET, bei dem die Lawaetz-Stiftung eine von sieben beteiligten Partnerorganisationen war, wurde im März 2003 abgeschlossen. Im Rahmen des Projektes - der Titel steht für „Netzwerkarbeit zur Förderung der Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt“ - sind exemplarische Ansätze, Projekte und Methoden aus Spanien, Italien, Dänemark und Deutschland vorgestellt und befragt worden. Und obschon sich die migrationspolitischen Rahmenbedingungen dieser Länder doch zum Teil erheblich voneinander unterscheiden, hat der Vergleich der einzelnen Ansätze - quer über die Ländergrenzen hinweg - auch etliche Gemeinsamkeiten im methodischen Vorgehen gezeigt. Wie ein Resümee der IMINET durchführenden Organisation CREA zeigt, werden bei der Entwicklung von Integrationsprojekten typischerweise folgende 6 Punkte konzeptionell berücksichtigt:

- 1) Identifikation von Kenntnissen und Fähigkeiten: Aufbauend auf bestehenden individuellen Potenzialen können nützliche und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen herausgearbeitet werden
- 2) Erwerb von Kenntnissen über den Arbeitsmarkt: Hierbei gilt es, sozioökonomische Bedingungen und Beschäftigungsmöglichkeiten herauszufiltern
- 3) Definition berufsorientierender Maßnahmen: Diese sollen behilflich sein, berufliche Zielsetzungen zu erreichen
- 4) Design eines Qualifizierungsweges: Die herausgearbeiteten beruflichen Ziele definieren die Qualifizierungsmaßnahmen (Ausbildung, berufsorientierte Weiterbildung etc.) unter Berücksichtigung regionaler Bedingungen
- 5) Identifikation beschäftigungsorientierter Aktivitäten: Hier bedarf es einer Abstimmung zwischen bestehenden Angeboten in der Region und dem Berufsprofil der jeweiligen Person
- 6) Evaluation des Integrationsweges: Ein kontinuierliches



Monitoring soll den Weg in die Integration überprüfen und ggf. modifizieren.

Unter Berücksichtigung dieser Integrationsstufen wurden die Ergebnisse der im Rahmen von IMINET erstellten Länderberichte zu einem - an die Europäische Kommission gerichteten - Empfehlungskatalog zusammengeführt.

Neben weiteren Informationen zu IMINET sind diese Ergebnisse auf der Homepage <http://www.lawaetz.de/abgeschlossen/iminet/iminet.html> abrufbar.

Die untersuchten Projekte und Methoden in Spanien, Italien, Dänemark und Deutschland sind jeweils auf englisch und spanisch in einer Broschüre zusammengefasst, die bei der Lawaetz-Stiftung kostenlos angefordert werden kann.

Weitere Informationen über das Projekt erteilen
Dorothee Kodra

Tel. 040 - 39 84 12-21
e-Mail: kodra@lawaetz.de

Dr. Thomas Mirbach
Tel. 040 - 39 90 94-29
e-Mail: mirbach@lawaetz.de